

Standpunkt

Finanzpolitischer Salto mortale

Stellungnahme von VU-Parteipräsident Günther Fritz zum FBP-Vorschlag zur Sicherung der AHV:

Dieser dreiteilige Lösungsvorschlag stellt mit Blick auf die bisherigen finanzpolitischen Grundsätze der FBP eine überraschende Kehrtwendung dar. Finanzminister Adrian Hasler und Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini sowie die grosse Mehrheit der FBP-Fraktion sprachen sich in den letzten Jahren stets gegen verschiedene Erhöhungen zugunsten der Bevölkerung und insbesondere unmissverständlich gegen eine Erhöhung des OKP-Staatsbeitrags aus und lehnten auch im Juni 2019 den Antrag des VU-Abgeordneten Mario Wohlwend auf Erhöhung um 4 Mio. Franken bis auf eine Ausnahme ab. Dennoch konnte der Vorstoss der VU-Fraktion zur Erhöhung des OKP-Staatsbeitrags damals gegen den Willen der FBP und

zum Wohle der Bevölkerung realisiert werden. Ein gutes halbes Jahr später hat die FBP nun aber offenbar keine Probleme mehr damit, den OKP-Staatsbeitrag sogar im deutlich zweistelligen Millionenbereich zu erhöhen, um damit die von ihr angedachte Erhöhung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge für die AHV zu kompensieren. Und die Erhöhung des OKP-Staatsbeitrags soll mittels Kürzung der Finanzzuweisungen des Landes an die finanzstarken Gemeinden gegenfinanziert werden. Auch hier torpediert die FBP ihr bisher postuliertes Prinzip, dass Zweckbindungen nicht in Frage kommen, um finanzpolitisch flexibel bleiben zu können und sie torpediert die Bemühungen der Vorsteher des Landes um eine umfassende Neuregelung des Finanzausgleichs inklusive der weiteren Entflechtung von Aufgaben zwischen Staat und Gemeinden. Es zeigt sich also



Günther Fritz

Bild: pd

auch beim Thema Zweckbindung eine völlige Umkehr der bisherigen FBP-Politik. Dennoch darf man gespannt sein, mit welchen Zahlen die FBP aufwarten wird, um den Be-

weis anzutreten, dass es auf allen Seiten nur Gewinner geben wird, und dies auch mittel- und langfristig. Bei aller Umverteilung ist eines klar: Die AHV braucht mehr Geld, und dieses wird – wenn die Bevölkerung nicht stärker belastet werden soll, was so im Sinne der VU ist – von öffentlicher Seite bezahlt werden. Die VU sieht der Landtagsdebatte jedenfalls mit grossem Interesse entgegen und zeigt sich offen für jede vernünftige und nachhaltige Lösung, welche für die Rentnerinnen und Rentner, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Wirtschaft zum Vorteil gereicht.

Günther Fritz, VU-Parteipräsident

Hinweis

In der Rubrik «Standpunkt» äussern sich Mitglieder des Präsidiums und der Landtagsfraktion der Vaterländischen Union.